

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verichtsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In den Städten 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 4

Mittwoch, den 7. Januar 1931

Jahrgang 103

Reichsfinanzminister Dietrich in Stuttgart

Ankurbelung der Wirtschaft — Neue Wege in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Stuttgart, 7. Jan. Auf der Landesversammlung der württembergischen Demokraten sprach Reichsfinanzminister Dietrich über die Wirtschaftskrise, das Arbeitslosenproblem und die Reparationsfrage. Er verteidigte zunächst die letzte Notverordnung: In der Sparbarkeit, die rücksichtslos eingelegt worden sei, komme eine bedeutende Vereinfachung des Steuerwesens hinzu. Das man die Beamtengehälter habe kürzen müssen, sei schmerzhaft, aber notwendig gewesen. Wenn große Teile des Volkes um ihre nackte Existenz ringen, Millionen von Arbeitern und Angestellten brotlos seien, wären die Beamten in einen unheilvollen Konflikt zu dem gesamten Volk gekommen, wenn sie an der Not der Zeit nicht teilgenommen hätten. Der Preisabbau, der leider oft von einem Teil der Bevölkerung lächerlich gemacht werde, bringe einen gewissen Ausgleich für den Gehaltsabbau. Das man sich mit solchen Notmaßnahmen beim Volke nicht beliebt machen könne, liege auf der Hand; das sei aber auch nicht die Aufgabe eines Staatsmannes in einem Augenblick, in dem höchste Gefahr für das Reich und für die deutsche Wirtschaft entstanden sei. Die größte Sorge sei die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die zur Zeit noch verschärft werde durch die Auseinandersetzungen im Kohlenrevier, die die Regierung aber zu bewältigen hoffe. Auf 2,2 Milliarden Mark würden die Ausgaben für die Arbeitslosen ohne die Wohlfahrtsunterstützungen geschätzt, 1,7 Milliarden betrügen die Ertragslasten, über 2 Milliarden Mark die inneren Kriegslasten Deutschlands. Es sei klar, daß solche unproduktiven Ausgaben von mehr als 6 Milliarden Mark jährlich eine vielleicht untragbare Last seien.

nicht allzu vermessend sein, wenn man versuchte, mit dieser Summe entweder die entscheidenden Rohproduktionen anzutreiben oder aber eine verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung zu bringen. Ich sehe darin keine Subventionen, wenn man in diesen Berufen das, was die Arbeitslosen kosten, zur Verbilligung und zur Vermehrung der Produktion verwendet, indem man für jeden Arbeitslosen eine entsprechende Summe zuzahlt. Was die Politik auf lange Sicht angeht, so wird man sich die Erfahrungen der Vergangenheit merken müssen. Wenn wir wieder eine Hochkonjunktur haben, so dürfen wir den Wohnungsbau nicht forcieren. Diese Arbeiten müssen wir für die Zeiten der Krisen zurückhalten. Wir müssen in den Zeiten der Hochkonjunktur Geld ansammeln. Wir müssen Arbeiten in Reich, Staat, Gemeinden usw. zurückstellen, um sie dann auszuführen, wenn die Konjunktur zurückgeht.

Man wird hier einwenden, alle Hoffnungen sind vergebens, wenn die Reparationsfrage nicht gelöst wird. Die Zahlung der Tributlasten bedeutet allerdings nicht nur einen Kapitalentzug für die deutsche Wirtschaft in einer Menge, die genügen würde, die gesamte Wirtschaft Deutschlands ankurbeln, sondern sie bedeutet, daß wir das Kapital abgeben müssen und durch den Verlust der Ankurbelungsmöglichkeit eine steigende Menge Arbeitsloser, die wiederum die deutsche Volkswirtschaft belasten.

Die Frage sei nun: Könnten wir unser heutiges Wirtschaftssystem in dieser Form erhalten? Der Redner bejahte diese Frage. Er lehne den Sozialismus grundsätzlich ab, sei aber der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Systems nur möglich sei, wenn die Mängel, an denen es leide, ansgemert werden könnten.

Die Hauptmängel der Gegenwart sehe ich in folgenden Punkten: In der Veränderung des selbständigen Unternehmers, durch dessen Ersindergeist und wirtschaftlichen Wagemut allein unser wirtschaftliches System sich halten könnte, ferner in der Zusammenballung großer Wirtschaftskruppen auf einen oder einige Konzerne, die in ihrer bürokratischen Organisation und ihrer Abhängigkeit von den Banken auf die Dauer eine Gefahr bedeuten.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß die Arbeitslosenversicherung das Band der Verantwortung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem bedeutenden Maße gelockert hat. Endlich hat die Arbeitslosenversicherung das Familienverantwortungsgefühl in gefährlichem Umfange zertrübt. Ein System, das nicht imstande wäre, mit der gegenwärtigen ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit anzukommen, wäre dem Untergang verfallen. Man darf sich daher keinem Zweifel darüber hingeben, daß es die Lebensfrage ist, nicht durch Versicherung die Arbeitslosen zu unterstützen, sondern sie zu beschäftigen.

Für den Augenblick ist zu prüfen, ob es einen Weg gibt, die Wirtschaft ankurbeln. Daß wir für Millionen von Arbeitslosen über 2 Milliarden Mark ausgeben (mit dem, was die Gemeinden zahlen, sind es nahezu 3 Milliarden), ohne einen Gegenwert zu bekommen, ist so ungeheuerlich, daß trotz aller Bedenken das Betreten neuer Wege gewagt werden darf. Wenn wir zurzeit in einem Monat eine Viertelmilliarde brauchen für die Arbeitslosen, so könnte es vielleicht

Ich kann heute nicht jagen, welche Schritte die Regierung in der Reparationsfrage zu tun gedenkt, aber wenn wir diese Angelegenheit ansassen müssen, werden wir sie auf dem Boden der bestehenden Verträge anpaden. Man wird uns nicht mehr vorwerfen können, daß wir unsere steuerliche Belastung nicht hoch genug geschraubt haben. Weder Bier noch Branntwein, noch Tabak vertragen eine weitere Belastung und wenn man auf die Umsatzsteuer verweist, so berücksichtigt man nicht, daß hier eine Erhöhung eine Belastung der Wirtschaft und ihrer Konkurrenzfähigkeit und damit eine erneute Gefahr für die Möglichkeit der deutschen Zahlungsverpflichtungen ist. Nun gibt es in Deutschland Wunderdoktoren, die dem Volk den Wunderglauben predigen und die ihm einreden, es gäbe ganz wunderbare Mittel und Wege, mit denen man das deutsche Volk aus seiner Not herausführen könne. Mit Geldtheorien und mit Reden von der Zinsknechtschaft sei jedoch weniger als nichts anzufangen.

Der Redner ging dann auf die politische Verantwortung ein, er wies darauf hin, daß ein Abgeordneter zugegeben habe, daß er sein Ehrenwort gebrochen und erklärt habe, er werde das in Zukunft unter Umständen aus politischen Gründen wieder tun. Er verwies darauf, daß die Nationalsozialisten im Reichstag unerfüllbare Anträge stellten. Wenn jetzt in Europa überall wieder die Kriegsangst umgehe und wenn die Völker schon wieder die Schrecken des Weltkrieges zu vergessen begännen, wenn in allen Staaten unvorsichtige Reden gehalten würden, so müsse man dem mit aller Schärfe entgegengetreten. Die ganze Sorge könne sofort beseitigt werden, wenn man daran gehe, den Unterdrückten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Die Ostreise des Reichskanzlers

Berlin, 7. Jan. Reichskanzler Brüning hat auf seiner Ostreise bisher die Städte Lanenburg, Rummelsburg, Schneidemühl, Königsberg, Elst, Labiau und Insterburg besucht und sich von den Vertretern der Behörden und der Wirtschaft über die Lage informieren lassen. In Königsberg hat der Kanzler einen Appell an Ostpreußen erlassen, in dem er u. a. ausführte:

Wir wissen, daß eine gewisse Nervosität im Volke von Verlautbarungen jenseits der Grenze in den vergangenen Monaten in Ostpreußen eingetreten ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Grund für eine solche Nervosität nicht vorhanden ist, wenn wir gemeinsam — Reich und Staatsregierung — alle Kräfte daran setzen, um zunächst einmal wirtschaftlich die eidernde Wunde im Osten zu schließen. Das andere kommt und muß kommen, denn es gibt eine Gerechtigkeit.

Es gibt nur eines für uns: Klar zu sehen, weit von Illusionen zu sein und uns auf die Lebensmöglichkeiten zurückzuziehen, die uns zurzeit gegeben sind und mit dem Vorhandenen hauszuhalten. Sie haben Worte der Kritik ausgesprochen. Sie haben Forderungen aufgestellt. Ich begrüße das. Wir können Kritik sehr wohl vertragen. Aber um eines bitte ich Sie: Sorgen Sie dafür, daß die Provinz Ost-

Diejenigen, die heute an der Spitze des Reiches stehen, glauben an die Zukunft des deutschen Volkes. Wir haben nicht die Absicht, das Steuer des Staates aus der Hand zu geben. Wir sind entschlossen, den Kampf ebenso sehr mit Ruhe wie mit Energie zu führen in dem Bewußtsein, daß die Gegenwart die geleistete Arbeit nicht anerkennt, daß es aber darauf ankommt, wie sie in der Zukunft sich auswirkt.

preußen ihren ganzen Einfluß, ihre ganze politische Macht frei vom Extremen und Abenteuerlichen hält. Ich verweise auf die Person des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, der diese Reise mit warmem Herzen verfolgt. Er ist uns ein Muster an Pflichterfüllung auch in der schwersten Zeit und wenn es ihm am wenigsten gedankt wird. Sie können versichert sein, daß Ostpreußen niemals vom Reiche aufgegeben wird!

Der Lohnkonflikt im Ruhrbergbau

Reichsarbeitsminister Stegerwald hat seine Anwesenheit im Ruhrgebiet benutzt, um die strittigen Lohnfrage mit den beiderseitigen Verbänden und mit einzelnen führenden Persönlichkeiten aufs eingehendste durchzusprechen. Die Besprechungen haben jedoch eine Möglichkeit der Annäherung der beiderseitigen Standpunkte bisher nicht ergeben. Das Schlichtungsverfahren wird daher unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen seinen Fortgang nehmen. Die Reichsregierung hält trotzdem ihren Standpunkt anrecht, daß eine gewalttätige Austragung dieses Konflikts bei der gegenwärtigen Gesamtlage Deutschlands nicht zu verantworten wäre und wird ihre Bemühungen nach einer friedlichen Beilegung nachdrücklich fortsetzen.

Tages-Spiegel

In Stuttgart sprach auf der gestrigen Dreikönigsversammlung der württ. Demokraten Reichsfinanzminister Dr. Dietrich über die Ankurbelung der Wirtschaft; viel Beachtung fand hierbei ein Lohnbeihilfeplan des Ministers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Reichskanzler Brüning richtete in Königsberg einen Appell zur Besonnenheit an den deutschen Osten und sagte die Hilfe des Reiches zu.

Die Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministers Stegerwald im Ruhrkonflikt ist gescheitert. Die kommunistische Streikbewegung an der Ruhr gilt als zusammengebrochen.

Nachrichten aus London zufolge ist eine englisch-französische Einheitsfront gegen die zu erwartende Förderung Deutschlands auf Revision des Youngplans zustande gekommen.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos trifft heute zu einem zweitägigen Besuch in Rom ein.

Die Erdstöße in Korinth dauern an; die Bevölkerung lebt in Zelten, da die Häuser vielfach eingestürzt oder unbewohnbar geworden sind.

Wirbelstürme haben auf den Philippinen 180 und im amerikanischen Staat Nord-Karolina 12 Todesopfer gefordert.

Das italienische Ueberseeflugschwader hat gestern sein Ziel Brasilien erreicht.

Der Streik an der Ruhr zusammengebrochen

Essen, 7. Jan. Die kommunistische Streikbewegung im Ruhrgebiet ist zusammengebrochen. Während der beiden letzten Tage ist die Streikbeteiligung immer mehr abgebrockelt, so daß sich heute höchstens noch 5000 Bergarbeiter im Ausstand befinden. Der Streik ist auf einzelnen Zechen bereits abgelassen worden. In den Bergrevieren Duisburg-Hamborn werden nur noch 18 Schachtanlagen vom Streik betroffen, außerdem im Hammer Revier die beiden Zechen De Wendel und Westfalen.

Englisch-französische Gemeinschaftsfront gegen die Youngrevision

London, 7. Jan. Die Vertreter des englischen Finanzministeriums, die an den Pariser Besprechungen teilnahmen, sind nach London zurückgekehrt. Englische zuständige Kreise enthalten sich im großen ganzen irgendwelcher Kommentare zu den in Paris gepflogenen Verhandlungen. Diese seien technischer Natur gewesen. Es wird jedoch nicht in Abrede gestellt, daß zwischen Frankreich und England in ihrer Eigenschaft als Gläubigermächte gegenüber Deutschland gemeinsame Interessen vorhanden seien. Grundsätzlich sieht die englische Politik auf dem Standpunkt, daß ein etwaiger Antrag Deutschlands auf eine Verzögerung der Tributzahlungen gemäß dem Youngplan oder auf irgend eine sonstige finanzielle Revision durchaus unerwünscht ist.

Sollte Deutschland die Revision des Youngplanes aufwerfen, so würde England sich energisch jeder Behandlung dieser Frage außerhalb der im Youngplan vorgesehenen Bestimmungen widersetzen. Es würde aber auch erste Einwände gegen die Inkraftsetzung der Bestimmungen des Youngplans selbst erheben. Man gibt dabei der Befürchtung Ausdruck, daß in diesem Augenblick sofort die Erörterungen über gewisse im Youngplan enthaltene Klauseln wieder aufleben würden, deren Interpretation noch nicht ganz eindeutig feststehe. — Anscheinend bezieht sich diese Auffassung auf die Sanktionsklausel.

Das italienische Ueberseeeschwader in Brasilien

Rio de Janeiro, 7. Jan. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, haben 10 italienische Flugzeuge ihr Ziel erreicht und sind in Natal gewässert. Nachdem bereits ein Flugzeug auf hoher See notwassern mußte, wurde ein zweites Flugzeug durch Motorstörungen gezwungen, an der Nordküste Brasiliens am St. Paulsfehlen niederzulegen. Die Mannschaft konnte von einem Kreuzer geborgen werden.

Das italienische Ueberseeeschwader hat die Strecke über den Ozean mit rund 8000 Kilometern in 17½ Stunden zurückgelegt. Die Nachricht wurde in Italien mit großem Jubel aufgenommen. Seit dem Start in Italien hat das Geschwader rund 8000 Kilometer zurückgelegt. Es hat bis Rio de Janeiro noch 2850 Kilometer in zwei Etappen zu überwinden.

Bündholz ist
ippchen des
e Dr. Nin-
t, der durch
das Aus-
das Bünd-
t in Brand
v und nicht
das schwe-
ch Reibung
el von fünf
iger stellen,
dhölgern.

um!

derkranz
mäßigen
unden
men
n 7. Januar
Erscheinung
R.

V.
Abend
ats-
mlung
erfühle

solides selbst
ädchen
Jahren, das
und Liebe zu
tr sofort g e-
it Zeugnisab-
en unter M.
ie Gesch.-St.

terter
drank
ferne
stelle
rage zu
tr. 25 II.
stricht
den
mpfe
r Art
Stanger,
straße 11.
uer
equenz-
pparat
ra, 20 teilig.
125.— wird
— verkauft
n, sagt die
elle ds. Bl.

ffel- und
aarmasser
nd Haarboden
h. 150 bei
agon, Calw.

sch Inen
Fahrräder
radio
nophone
platten
aturen
Roller
ngstett.

iesau
Zimmer-
nungen
zu vermieten.
Haas und
Böttinger.

Minister Curtius in Pforzheim

Reichsaußenminister Dr. Curtius nahm am Sonntag an einer Tagung der Deutschen Volkspartei in Pforzheim teil. Dr. Curtius hielt eine Rede, in der er zunächst auf die Notwendigkeit des Sanierungsprogramms für Finanz und Wirtschaft einging und dann unter anderem ausführte:

Ich bin auch nach Baden gekommen, um mir für den schweren Gang nach Genf das Vertrauen meiner nächsten Parteifreunde zu sichern, nachdem es mir gelungen ist, in Ostpreußen und Oberschlesien Vertrauen zu erwerben. Ich kann ihnen nicht versprechen, daß wir in Genf in entscheidenden Fragen unseres Vaterlandes große außenpolitische Erfolge erzielen können. Ich kann ihnen aber wohl versprechen, daß ich meine ganze persönliche Kraft für Deutschland und Deutschlands Ehre einsetzen werde. Ich hoffe, den Widerhall der ganzen Nation für das zu finden, was ich in Genf zu erklären habe. Im gegenwärtigen Augenblick steht die Frage des Nationalstaates und der Nationalidee im Vordergrund unseres gesamten innerpolitischen Geschehens. Sie sind leider zu einem parteipolitischen Kampfsujet erniedrigt worden. Es ist etwas Edles um den Wettkampf, aber man muß auch in einem solchen Wettkampf fair play walten lassen.

Das tragische in der Lage des Außenministers ist, daß er genötigt ist, fortwährend seine ganze Kraft daran zu setzen, die nationale Leidenschaft zurückzudämmen und sie in ein Klärbecken der Vernunft zu leiten, und daß manchmal auch die eigenen Parteifreunde nicht verstehen, warum der Außenminister so und nicht anders zu handeln hat. Niemand kann den Tag heißer herbeisehnen als ich, an dem es möglich ist, die entscheidenden Schritte für die wirkliche Befreiung des Vaterlandes zu tun. Ich will keinen Optimismus predigen, denn wir haben dazu keinerlei Veranlassung. Wir haben ein unendlich schweres Jahr hinter uns und sind in ein neues Jahr von einer Schwere eingetreten, wie wir sie 1918 und 1923 erlebt haben. Niemand kann bis jetzt einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zeigen und entscheidende außenpolitische Erfolge in Aussicht stellen und doch haben wir die Pflicht, nicht zu verzweifeln. Heute und in den Notzeiten des Reiches ist der deutsche Gedanke in der Welt weit stärker ausgeprägt als in den glücklichen Vorkriegszeiten. Erst nach dem Kriege haben wir schon etwas wie ein Gesamtnationalbewußtsein gewonnen. Mit diesen Kräften werden wir aber auch die politische und Wirtschaftskrise überwinden.

Kaas verteidigt die Verständigungspolitik

Im Rahmen einer großen Zentrumskundgebung, die anlässlich der Tagung der Reichsparteibeamten des Zentrums in Kassel stattfand, bezeichnete der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, als den letzten Sinn der Politik der Reichsregierung die Tatsache, daß das Sanierungswerk im Innern das deutsche Volk für den geistigen und diplomatischen Kampf um seine äußere Freiheit rüsten wolle. Es sei unverweifelbar, wenn in heftiger Weise aus der Frage der außenpolitischen Methode eine Gewissensfrage gemacht werde. Die Verständigung sei der einzige Weg, auf dem Deutschland sich aus den Folgen des Krieges befreien könne.

Auf Zwischenrufe von Nationalsozialisten erwiderte Dr. Kaas: „Wenn uns nicht die Verantwortung abhielte, dann wollten wir aus pädagogischen Gründen den Nationalsozialisten Platz machen, damit das deutsche Volk ihre blutige Ignoranz erkennt. Aber das Experiment erscheint uns zu gewagt. Denn ich glaube nicht, daß es nacher noch etwas zu retten geben würde.“ „Gewiß“, so fuhr der Redner fort, „das Tempo der außenpolitischen Befreiung des deutschen Volkes geht auch uns zu langsam, aber es ist schlimmste Verheerung, wenn von den Radikalen aus Gründen der Methode in heuchlerischer Weise Gewissensfragen daraus gemacht werden. Die Überhöhung der eigenen Kraft hat das deutsche Volk zweimal ins Unglück geführt: im Ruhekampf und im Weltkrieg. Das sollte zu anderer Erkenntnis hinleiten.“

Die Beratung des neuen Reichshaushalts

Mitte Januar beginnt der Haushaltsausschuß des Reichstags mit der Beratung des neuen Haushalts, am 3. Februar soll die zweite Lesung in der Vollversammlung beginnen. Nach der Rückkehr des Kanzlers von seiner Ostreise wird sich das Reichskabinett u. a. auch mit der Frage beschäftigen, wie der Forderung der Deutschen Volkspartei Genüge geschehen soll, daß von den Ausgaben des neuen Haushalts weitere 300 Millionen Mark eingespart werden sollen. Die Deutsche Volkspartei hatte, wie erinnerlich ist, diesem Verlangen beinahe die Form eines Ultimatum gegeben und von seiner Erfüllung ihre weitere Haltung zum Kabinett abhängig gemacht. In politischen Kreisen wird angenommen, daß der Kanzler gleichlaufend mit den Beratungen des Haushaltsausschusses neue Verhandlungen mit den Fraktionen führen werde, um noch möglichst ausgiebige Kürzungen auf der Ausgabe Seite des Haushalts durchzuführen. Der Kanzler wünscht, wenn irgend möglich, die parlamentarische Erledigung des Haushalts, er behält sich allerdings vor, zum Artikel 48 zu greifen, wenn die Verabschiedung im Reichstag auf Schwierigkeiten stößt.

Bilanz der Reichsbahn für 1930

II. Berlin, 6. Jan. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft legt ihren „Vorläufigen Rückblick“ auf das Jahr 1930 vor, nach dessen Ablauf die Reichsbahn auf eine 10jährige Tätigkeit in ihrer jetzigen Gestalt zurückblicken kann. Ueber das Verkehrs- und Betriebswesen wird unter anderem berichtet, daß der Güterverkehr in 1930 ganz erheblich hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben ist. Auch der Personenverkehr ist hinsichtlich der Einnahmen und der Verkehrsleistungen hinter den Ergebnissen des Vorjahres zurückgeblieben. Im Gesamtverkehr (einschließlich des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs) werden nach den bis Anfang November vorliegenden Unterlagen die Einnahmen

voransichtlich 95 v. H. (im Vorjahre 99,2 v. H.), die Zahl der beförderten Personen 93 v. H. (im Vorjahre 99,4 v. H.) und die Personenkilometer etwa 93 v. H. (96,4 v. H.) des Jahres 1929 ausmachen. Die Gesamtzahl der Betriebsfälle weist im Berichtsjahr gegenüber 1929 eine Abnahme von rund 25 v. H., gegen 1928 von rund 18 v. H. auf. Die Zahl der bei Zugsunfällen verunglückten Reisenden ist gegen 1929 um etwa 50 v. H., gegen 1928 um etwa 73 v. H. gesunken.

Infolge der Wirtschaftskrise war der Einnahmerückgang gegenüber dem Vorjahre ganz außergewöhnlich groß und wird voraussichtlich bis Ende Dezember 1930 rund 770 Millionen Rm. betragen. Für das gesamte Jahr 1930 sind die Einnahmen voraussichtlich mit 4,58 Milliarden Reichsmark gegenüber 5,35 Milliarden Reichsmark im Jahre 1929 anzusetzen. Dieser gewaltige Ausfall machte die schärfste Einschränkung auf der Ausgabe Seite nötig. Gegenüber dem durchschnittlichen Personalstand von rund 713 000 Köpfen in 1929 wird der Durchschnitt des abgelaufenen Geschäftsjahres rund 680 000 Köpfe betragen. Die Einschränkung der baulichen Anlagen und Fahrzeuge zusammen genommen beläuft sich auf über 100 Millionen Rm. Diejenige bei der Erneuerung beträgt bei den gleichen Sachgebieten rund 65 Millionen Reichsmark.

Das neue Geschäftsjahr 1931 eröffnet keinen günstigen Ausblick. Die für 1930 zur Unterstützung der Preisabkühlung der Reichsregierung vorgenommene Tarifsenkung wird eine Mindererinnahme von rund 45 Millionen Rm. zur Folge haben. Eine Hilfe kann nur durch Verkehrsbelebung erwartet werden. Außerdem ist es notwendig, daß die Reichsbahn die in Aussicht genommene Anleihe erhält.

Der Neujahrsempfang bei Hindenburg



Das Diplomatische Korps verläßt nach dem traditionellen Neujahrsempfang das Palais des Reichspräsidenten. Im Vordergrund der englische Botschafter, Sir Horace Rumbold, hinter ihm rechts der amerikanische Botschafter Frederic M. Sackett.

Kleine politische Nachrichten

Drewitz bleibt Führer der Wirtschaftspartei. Der Reichsausschuß der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) hat den Bericht des Prüfungsausschusses über die von Herrn Colosser gegen den Parteivorstandenden Drewitz erhobenen Vorwürfe entgegengenommen und die Ueberzeugung gewonnen, daß dem Parteivorstandenden Drewitz keinerlei ehrenrührige Handlungen zur Last fallen. Er sprach ihm erneut das Vertrauen aus. Im übrigen beschäftigte sich der Ausschuß mit dem Entwurf eines Initiativgesetzes zum Schutze des deutschen Volkseinkommens, der Wirtschaft und des Mittelstandes.

Zutritt des österreichisch-ungarischen Freundschaftsvertrages. Der griechische Ministerpräsident Venizelos statete dem Bundeskanzler Dr. Brüder und dem Vizekanzler Dr. Schöber Besuche ab. Hierbei wurde der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem am 26. Juni 1930 abgeschlossenen Freundschafts-, Vergleichs-, Schiedsgerichts- und Gerichtsvertrages vollzogen. Darauf fand ein politischer Gedankenaustausch statt, bei dem festgestellt wurde, daß alle aus der Liquidierung des Krieges herrührenden Fragen zwischen Österreich und Griechenland inzwischen geregelt worden sind.

Goldproblem und Youngplan. Im Zusammenhang mit den Pariser Verhandlungen zwischen Vertretern des englischen und des französischen Schatzamtes über die Goldfrage erklärte der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“, man dürfe nicht vergessen, daß die Goldknappheit die Grundlage des Youngplanes radikal geändert habe. Deutschlands Verpflichtungen seien jetzt wesentlich schwerer, als sie ursprünglich im Youngplan vorgesehen seien. Die Goldknappheit sei in erster Linie auf die Menge im Umlauf des Goldes zurückzuführen, so daß man sich zunächst dieser Frage zuwenden müsse.

Die Pariser Finanzkonferenz und die Moratoriumsfrage. Die englischen Korrespondenten in Paris beschränken sich in ihren Berichten über die Pariser Finanzkonferenz fast durchweg auf die in der französischen Presse vertretenen Ansichten, bewahren jedoch Zurückhaltung gegenüber der Behauptung, bei dieser Gelegenheit sei eine gemeinsame englisch-französische Front in Aussicht genommen worden für den Fall, daß Deutschland einen Zahlungsaufschub verlangen werde.

Unveränderte Lage in Südwales und in Lancashire. Weder im Kohlenbezirk von Südwales noch in der Webindustrie von Lancashire sind während des Wochenendes bisher

irgendwelche Ereignisse eingetreten, die eine optimistischere Auffassung der Lage rechtfertigen könnten. Der Streik in Südwales geht also weiter; die Kündigungen in der Webindustrie werden in Kraft treten.

Gehorsamsverweigerung auf einem englischen Unterseeboot. Auf dem englischen Unterseebootmuttersschiff „Lucia“ haben 42 Mann der Besatzung den Gehorsam verweigert. Sie wurden verhaftet und in die Kaserne der Werft von Plymouth gebracht.

Südslawischer Geheimagent ermordet. In Agram wurde einer der bekanntesten Geheimagenten der Polizei, Josef Stetef, ermordet. Er wurde in einen Hinterhalt gelockt und mit vier Agitieren erschlagen. Die Täter sind entkommen.

Abkündigung des Bargeldes in Sowjetrußland? Das Zentralkomitee und die Zentralkommission der kommunistischen Partei Sowjetrußlands haben beschlossen, sogenannte „geschlossene Genossenschaftskläden“ einzurichten, die ausschließlich die Arbeiterschaft bestimmter Fabriken und Unternehmungen zu versorgen haben werden. Die Entnahme der Waren soll dabei nicht gegen bares Geld, sondern gegen Gutscheine erfolgen, mit denen die Arbeitslöhne abgegolten werden sollen. Dieses bargeldlose System soll vorläufig einen Versuch darstellen. Später ist beabsichtigt, das Gutscheinsverfahren für das ganze Gebiet der Sowjetunion einzuführen.

Bombenanschlag in Paris

II. Paris, 6. Jan. In der Nacht zum Sonntag ist an einem Fenster des großen Pariser Restaurants „Ambassadeur“ in den Champs Elysees, das nur im Sommer geöffnet ist, eine Bombe explodiert, wobei erheblicher Sachschaden angerichtet wurde. Feuerwehr und Polizei fanden das Restaurant völlig mit Rauch und Schutt angefüllt vor.

Revolution in Panama

Die Aufständischen sehen sich durch.

II. New York, 6. Jan. In Panama ist eine Revolution ausgebrochen. Der sorgfältig vorbereitete Aufstand begann in Colon, das nach heftigen, mehrstündigen Straßenkämpfen sich jetzt auscheinend in den Händen der Aufständischen befindet, die von Quincero geführt werden. Der Präsident und mehrere Mitglieder der Regierung sind zurückgetreten. Die Vereinigten Staaten haben Marinetruppen nach Colon entsandt. Bis jetzt werden 16 Tote gemeldet.

Die siegreichen Aufständischen in Panama haben eine vorläufige Regierung eingesetzt. Unter den auf Regierungsseite bei den Kämpfen Gefallenen befindet sich auch der jahrelange politische Führer Panamas.

Wie weiter gemeldet wird, greift die revolutionäre Bewegung insbesondere an der Atlantik-Küste schnell um sich. Der Gouverneur der Provinz Colon erhielt den Auftrag, alle Beamten der früheren Regierung zu verhaften, falls sie sich weigern sollten, die neue provisorische Regierung anzuerkennen. In der Stadt Panama ist alles ruhig. In Colon forderten die Straßenkämpfe 16 Todesopfer.

Gefecht mit amerikanischen Marinejoldaten in Nicaragua

II. New York, 6. Jan. Wie aus Managua in Nicaragua gemeldet wird, ist es zu einem großen Gefecht zwischen amerikanischen Marinejoldaten und nicaraguanischen Freiheitskämpfern bei Dotal am Flusse Coco nahe der Grenze von Honduras gekommen. 8 Marinejoldaten, darunter ein Sergeant, wurden getötet und zwei schwer verletzt. Die Nicaraguaner verloren 11 Tote.

Neuer Präsident in Guatemala

II. Berlin, 6. Jan. Die gesetzgebende Versammlung von Guatemala hat nach Verzicht des bisherigen Präsidenten Dr. Jose Maria Reyna Andrade zur Präsidentenwahl angesetzt. Dieser wird voraussichtlich nach Annahme des Rücktritts des Generals Chacon durch die gesetzgebende Versammlung in den nächsten Tagen die Präsidentenwahl annehmen und Neuwahlen ausschreiben.

Der weiße Tod

Lawinenunglück im Riesengebirge.

In der Seilpenngrube bei Krummhübel ging eine Schneelawine nieder, durch die ein Kutscher vom Schieferhaus mit zwei Pferden und einem Hörnerschlitten verschüttet wurde. Feuerwehr und Sanitätskolonnen bargen den Verunglückten. Er hatte schwere Knochenbrüche erlitten und war bereits gestorben. Auch ein Pferd war tot. Der Schlitten wies schwere Beschädigungen auf. Der Weg, der durch die Lawine verschüttet wurde, ist seit zwei Jahren wegen Gefährlichkeit gesperrt, er wird jedoch von den Kutschern wegen Betteparnis benutzt.

Wieder drei deutsche Schiläufer in der Schweiz ums Leben gekommen.

In Elm im Kanton Glarus hat sich ein schweres Schilunglück ereignet, bei dem drei Deutsche ums Leben gekommen sind. Fünfzehn Personen, größtenteils Berliner, unternahmen eine Schitour nach der Alp Oberwischen. Beim Uerschreiten eines Bachbettes, an dessen Rändern sich durch den Föhn starke Schneewächten gebildet hatten, lösten sich die Schneelagen los, als die Gruppe gerade auf der anderen Seite den Aufstieg begann. Die ganze Gesellschaft stürzte in das Bachbett hinunter und 13 Personen wurden durch den Schnee zugebeckt. 10 konnten sich wieder aus den Schneemassen herausarbeiten, während drei verschüttet blieben. Nach stundenlangem Suchen konnten die Leichen der drei Toten, eines Berliner Arztes und zweier Damen, die im Wasser lagen, geborgen werden.

Gasvergiftungen in Alsdorf

durch eine Benzollokomotive.

II. Alsdorf, 6. Jan. Auf der Grube „Anna I“, die dem Todeshauch „Anna II“ direkt benachbart ist, ereignete sich am Samstag ein Unglück, das glücklicherweise ohne schwere Folgen blieb. Eine Benzollokomotive entwickelte beim Kühlen Abgase, durch die vier Bergleute Gasvergiftungen erlitten. Dieser Vorfall ist darum interessant, weil in der Öffentlichkeit bei dem entsetzlichen Unglück in Alsdorf die Vermutung aufstachelte, daß hier eine Benzollokomotive als Ursache des Unglücks in Frage kommen konnte.

